

KLEINE ANFRAGE

der Abgeordneten Simone Oldenburg, Fraktion DIE LINKE

**Prüfung einer Verbeamtung von Lehrkräften in Mecklenburg-Vorpommern
und**

ANTWORT

der Landesregierung

Vorbemerkung

Im Rahmen einer Expertengruppe werden derzeit Vorschläge zur Steigerung der Attraktivität des Lehrerberufs erarbeitet. Das Thema „Verbeamtung“ ist dabei ein Diskussionspunkt. Es handelt sich um ein komplexes Thema, das sich nicht allein auf die Betrachtung einzelner Brutto- beziehungsweise Nettoverdienste reduzieren lässt.

Vielmehr sind beim Vergleich mit der Beschäftigung von Lehrerinnen und Lehrern im Angestelltenverhältnis weitere Aspekte einzubeziehen, wie beispielsweise Aufwendungen des Dienstherrn für Versorgungsansprüche und Hinterbliebenenversorgung, Umfang der Anrechnung von Vordienstzeiten und Beihilfeansprüche.

Die Verbeamtung von Lehrkräften soll in dieser Legislaturperiode geprüft werden. Zur Beurteilung der möglichen Konsequenzen für die Besoldung bitte ich um die Beantwortung nachfolgender Fragen.

1. Wie hoch wären sowohl der Brutto- und der Nettoverdienst von vollbeschäftigten jungen Lehrerinnen/Lehrern in den Schularten Grundschule, Regionale Schule, Förderschule, Gymnasium und Berufsschule (nach erfolgreichem Abschluss des 2. Staatsexamens) bei Verbeamtung im Vergleich zu einer Beschäftigung als Angestellte/Angestellter (Fallannahme: Alter 28 Jahre, ledig, keine Kinder)?
2. Wie hoch wären in o. g. Fällen jeweils die erforderlichen Pensionsrückstellungen/Monat bzw. der Beitrag zur Rentenversicherung/Monat?

3. Wie hoch wären die entsprechenden Zahlen nach 15 Dienstjahren (Fallannahme: Alter 43 Jahre, verheiratet, zwei Kinder) und bei Eintritt in die Pension bzw. Rente?

Die Fragen 1 bis 3 werden zusammenhängend beantwortet.

Es wird auf die Anlage verwiesen. Soweit für die Betrachtung der Besoldungsaufwände die Beiträge in den Versorgungsfonds des Dienstherrn Berücksichtigung finden, führen diese nicht zu einer abschließenden Befreiung der Dienstherrn von möglichen künftigen höheren Pensionsbelastungen im Landeshaushalt. Es handelt sich um kein der gesetzlichen Rentenversicherung für Angestellte adäquates Regelungsinstrumentarium, bei dem mit den gezahlten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträgen die Altersversorgung aus der Verantwortungssphäre des Landes als entlassen angesehen werden könnte. Insoweit lassen sich den Berechnungen die letztlich tatsächlich entstehenden Altersaufwände für die Pensionsverpflichtungen der Dienstherrn nicht abschließend rechnerisch entnehmen.

4. Welche sonstigen Gehaltsbestandteile oder Sonderleistungen wären bei verbeamteten Lehrkräften gegenüber angestellten Lehrkräften vom Land zu erbringen?

Neben dem Grundgehalt würde verbeamteten Lehrkräften je nach Familienstand ein Familienzuschlag sowie eine allgemeine Stellenzulage in Besoldungsgruppe A 13 gewährt.

Nicht zu den Gehaltsbestandteilen verbeamteter Lehrkräfte gehört die Gewährung von Beihilfe in Krankheits-, Pflege- und Geburtsfällen. Demgegenüber trägt bei tariflich Beschäftigten der Dienstherr als Arbeitgeber den Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Krankenversicherung (einschließlich der gesetzlichen Pflegeversicherung).

Im Gegensatz zu den tariflich Beschäftigten erhalten Beamtinnen und Beamte neben ihren Bezügen keinen Zuschuss zur Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder-Betriebsrente, da die spätere Pension eine sogenannte Vollversorgung (Rente plus Betriebsrente) darstellt.

5. Welche arbeitsrechtlichen Unterschiede bestehen zwischen einem Beamten- oder Angestelltenverhältnis bei Lehrkräften?

Das Beamtenverhältnis ist ein öffentlich-rechtliches Dienst- und Treueverhältnis. Arbeitsrechtliche Regelungen finden hierauf keine Anwendung. Das Rechtsverhältnis wird einseitig durch den Dienstherrn durch Rechtsvorschriften und Einzelfallentscheidungen geregelt. Die Beamtinnen und Beamten erhalten kein Entgelt für ihre Arbeitsleistung, sondern Besoldung nach dem Alimentationsprinzip. Sie unterliegen dem Disziplinarrecht und erlangen Rechtsschutz vor den Verwaltungsgerichten.

Das Arbeitsverhältnis eines oder einer Angestellten im öffentlichen Dienst bestimmt sich dagegen nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) und allgemeinem Arbeitsrecht und Sozialversicherungsrecht, ist also privatrechtlich ausgestaltet. Für angestellte Lehrkräfte gelten über § 44 TV-L die beamtenrechtlichen Arbeitszeitsvorschriften.

1. Einstellungsvoraussetzungen bzw. Voraussetzungen für die Verbeamtung:

Für die Übernahme in ein Beamtenverhältnis gelten Höchstaltersgrenzen. Außerdem ist vor der Verbeamtung regelmäßig durch ein amtsärztliches Zeugnis nachzuweisen, dass die betreffende Person für die Übernahme in ein Beamtenverhältnis auf Lebenszeit gesundheitlich geeignet und kein krankheitsbedingter vorzeitiger Eintritt dauernder Dienstunfähigkeit bis zum Erreichen des Ruhestandes zu erwarten ist.

2. Beitragsleistungen zur Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung:

Die Krankenfürsorgekosten für Tarifbeschäftigte trägt die gesetzliche Krankenversicherung, nach Renteneintritt die gesetzliche Rentenversicherung. Diese und die Arbeitslosenversicherung werden im Wesentlichen aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteilen finanziert. Weder der Dienstherr noch die Beamtin/der Beamte zahlen Beiträge für die Alters-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung. Der im Krankheitsfall zu gewährende Beihilfeanspruch besteht auch nach dem Erreichen des Ruhestandes und wird neben dem Altersversorgungsanspruch (Pension) gewährt.

3. Arbeitszeit:

Im Beamtenrecht sind (Einstellungs-) Teilzeitverbeamtungen unzulässig.

Bei Tarifbeschäftigten besteht dagegen keine Verpflichtung, Vollzeitarbeit zu gewähren. Daher lässt sich auch verpflichtende Teilzeitarbeit wie mit dem Lehrpersonalkonzept realisieren.

4. Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses:

Die Entlassung einer Beamtin/eines Beamten auf Lebenszeit, die/der eine mindestens fünfjährige Dienstzeit abgeleistet hat, ist bis auf eine Entlassung aus dem Beamtenverhältnis als Disziplinarmaßnahme oder auf eigenen Antrag nicht möglich.

Bei den Tarifbeschäftigten ist die Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses durch Auflösungsvertrag oder durch Kündigung möglich. Es gilt allgemeines Arbeitsrecht, insbesondere das Kündigungsschutzgesetz. Wirksam sind nur sozial gerechtfertigte Kündigungen, das heißt personenbedingte, verhaltensbedingte und betriebsbedingte Kündigungen; letztere aber nur bei Aufgabenfortfall, Rationalisierung oder im öffentlichen Dienst auch bei Stellenstreichungen im Haushaltsplan und wenn keine Umsetzung möglich ist. Kündigungen sind mitbestimmungspflichtig.

5. Altersversorgung:

Im Beamtenbereich besteht eine lebenslange Alimentationsverpflichtung durch den Dienstherrn und zwar über das Erreichen des Ruhestandes hinaus. Sie umfasst auch die Hinterbliebenenversorgung.

Bei Tarifbeschäftigten wird sowohl von der Arbeitnehmer- als auch von der Arbeitgeberseite ein Anteil in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt. Bei Eintritt in den Ruhestand entfällt der Arbeitgeberanteil. Die Altersversorgung wird durch die gesetzliche Rentenversicherung erfüllt.

6. Umfang der Altersversorgung:

Die Beamtenversorgung ist als Vollversorgung (Rente plus Betriebsrente) konzipiert. Beamtinnen und Beamte zahlen für die Altersversorgung (und die ihrer Hinterbliebenen) keine eigenen Beiträge aus ihren Bezügen. Stattdessen sind die Bruttobezüge der aktiven Beamtinnen und Beamten von vornherein niedriger festgesetzt.

Die gesetzliche Rentenversicherung gewährleistet dagegen nur eine Grundversorgung. Für tariflich beschäftigte Lehrkräfte besteht die Verpflichtung zur Zusatzversicherung bei der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder. Neben dem Arbeitnehmeranteil zahlt der Arbeitgeber einen Anteil zur Pflichtversicherung.

7. Streikrecht:

Im Gegensatz zu Tarifbeschäftigten haben Beamtinnen und Beamte nach bisher ganz überwiegender Rechtsprechung kein Streikrecht.

Anlage

Die Fragen 1 bis 3 werden im Zusammenhang beantwortet, separiert nach Lebensalter 28, 43 und 66 Jahre.

Beträge in EURO

Lehrkraft 28 Jahre

Annahmen: ledig, keine Kinder, Pensionsrückstellung - 20 Prozent vom B-Brutto, AG-Beihilfepauschale 200 €, privater KV- und PV-Beitrag 200 €, Lohnsteuerklasse I, Kinderfreibetrag 0, keine Kirchensteuer, ohne Kinder-Familien-Zuschlag, Zulage für Lehrkräfte, ohne vermögenswirksame Leistungen, inklusive 1/12 Jahressonderzahlung (AN) oder Jahressonderzuwendung (Beamte)

	Entgelt						Rentenversicherung Summe AG-, AN-Beitrag
	EntGr/Stufe	AG Brutto	AG SV ZV	AN Brutto	Steuern SV ZV	AN-Netto	
Grundschule	E10/2	3.692	633	3.059	1.212	1.847	603
Regionale Schule (Lehramt Grund-, Haupt-, Real-)	E11/2	3.829	656	3.172	1.271	1.901	625
Förderschule (Lehramt Sonderpäd.) neues Recht	E13/2	4.384	752	3.632	1.517	2.116	716
Gymnasien	E13/2	4.384	752	3.632	1.517	2.116	716
Berufsschulen	E13/2	4.384	752	3.632	1.517	2.116	716

	Besoldung						Pensionsrückstellung AG-Betrag
	BesGr/Stufe	AG Brutto	AG BV	B Brutto	Steuern KV PV	verbleibend	
Grundschule	A11/3	3.523	754	2.769	703	2.067	554
Regionale Schule (Lehramt Grund-, Haupt-, Real-)	A12/3	3.771	795	2.975	773	2.203	595
Förderschule (Lehramt Sonderpäd.) neues Recht	A13/3	4.197	866	3.331	900	2.432	666
Gymnasien	A13/3	4.295	883	3.413	930	2.483	683
Berufsschulen	A13/3	4.197	866	3.331	900	2.432	666

Lehrkraft 43 Jahre

Annahmen: verheiratet, 2 Kinder, Pensionsrückstellung - 20 Prozent vom B-Brutto, AG-Beihilfepauschale 300 €, privater KV- und PV-Beitrag 350 €, Lohnsteuerklasse IV, Kinderfreibetrag 2, keine Kirchensteuer, Familienzulage: verheiratet 2 Kinder, Zulage für Lehrkräfte, ohne vermögenswirksame Leistungen, inklusive 1/12 Jahressonderzahlung (AN) oder Jahressonderzuwendung (Beamte)

	Entgelt						Rentenversicherung Summe AG-, AN-Beitrag
	EntGr/Stufe	AG Brutto	AG SV ZV	AN Brutto	Steuern SV ZV	AN-Netto	
Grundschule	E10/5	5.009	833	4.176	1.783	2.393	824
Regionale Schule (Lehramt Grund-, Haupt-, Real-)	E11/5	5.346	871	4.476	1.938	2.538	883
Förderschule (Lehramt Sonderpäd.) neues Recht	E13/5	5.851	908	4.943	2.171	2.771	941
Gymnasien	E13/5	5.851	908	4.943	2.171	2.771	941
Berufsschulen	E13/5	5.851	908	4.943	2.171	2.771	941

	Besoldung						Pensionsrückstellung AG-Betrag
	BesGr/Stufe	AG Brutto	AG BV	B Brutto	Steuern KV PV	verbleibend	
Grundschule	A11/9	4.830	1.055	3.775	1.207	2.568	755
Regionale Schule (Lehramt Grund-, Haupt-, Real-)	A12/9	5.232	1.122	4.110	1.341	2.769	822
Förderschule (Lehramt Sonderpäd.) neues Recht	A13/9	5.730	1.205	4.525	1.516	3.009	905
Gymnasien	A13/9	5.828	1.221	4.607	1.552	3.055	921
Berufsschulen	A13/9	5.730	1.205	4.525	1.516	3.009	905

Lehrkraft 66 Jahre

Annahmen: verheiratet, 2 Kinder, Pensionsrückstellung - 20 Prozent vom B-Brutto, AG-Beihilfepauschale 300 €, privater KV- und PV-Beitrag 350 €, Lohnsteuerklasse IV, Kinderfreibetrag 2, keine Kirchensteuer, Familienzulage: verheiratet 2 Kinder, Zulage für Lehrkräfte, ohne vermögenswirksame Leistungen, inklusive 1/12 Jahressonderzahlung (AN) oder Jahressonderzuwendung (Beamte)

	Entgelt						Rentenversicherung Summe AG-, AN-Beitrag
	EntGr/Stufe	AG Brutto	AG SV ZV	AN Brutto	Steuern SV ZV	AN-Netto	
Grundschule	E11/5	5.346	871	4.476	1.938	2.538	883
Regionale Schule (Lehramt Grund-, Haupt-, Real-)	E11/5	5.346	871	4.476	1.938	2.538	883
Förderschule (Lehramt Sonderpäd.) neues Recht	E13/5	5.851	908	4.943	2.171	2.771	941
Gymnasien	E13/5	5.851	908	4.943	2.171	2.771	941
Berufsschulen	E13/5	5.851	908	4.943	2.171	2.771	941

	Besoldung						Pensionsrückstellung AG-Betrag
	BesGr/Stufe	AG Brutto	AG BV	B Brutto	Steuern KV PV	verbleibend	
Grundschule	A11/12	5.133	1.105	4.027	1.307	2.720	805
Regionale Schule (Lehramt Grund-, Haupt-, Real-)	A12/12	5.593	1.182	4.411	1.467	2.944	882
Förderschule (Lehramt Sonderpäd.) neues Recht	A13/12	6.119	1.270	4.849	1.659	3.191	970
Gymnasien	A13/12	6.217	1.286	4.931	1.695	3.236	986
Berufsschulen	A13/12	6.119	1.270	4.849	1.659	3.191	970

AN = Arbeitnehmer

AG = Arbeitgeber

EntGr = Entgeltgruppe

BesGr = Besoldungsgruppe

KV = Krankenversicherung

PV = Pflegeversicherung

AG SV ZV = Arbeitgeberbeiträge zur Renten-, Kranken-, Arbeitslosen-, Pflegeversicherung und Zusatzversorgung (VBL)

AG BV = Arbeitgeberbeiträge für Beihilfe und Versorgung (Pensionsrückstellung an Versorgungsfonds)

Steuern SV ZV = Steuern, AN-Beiträge zur Renten-, Kranken-, Arbeitslosen-, Pflegeversicherung und Zusatzversorgung (VBL)

Steuern KV PV = Steuern, Beiträge zur privaten Kranken- und Pflegeversicherung

B Brutto = Besoldung Bruttovorgeschuss

Sonderpäd. = Sonderpädagogik

Pensionsrückstellung = Abführung an Versorgungsfonds M-V, zur Zeit 20 Prozent vom B Brutto